

kann und dürfe ein Bündler einem Sozialdemokraten seine Stimme geben, und Pflicht sei es, den Freisinn gegenüber „Gewehr bei Fuß“ zu stehen; der Grundsatz sei nicht festzuhalten, den Freisinn unter allen Umständen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie herauszubauen. Die bevorstehenden Kämpfe könnten und würden hart sein, sie hätten aber auch große Ziele zur Folge: die Niederwerfung der Sozialdemokratie unter allen Umständen einerseits und die unbedingte Sicherung der Monarchie andererseits.

Mit den Reichstagswahlen

beschäftigte sich dann noch besonders der Vorsitzende des Bundes, Freiherr von Wangenheim. Er wies auf die schweren Kämpfe hin, die die kommenden Reichstagswahlen bringen werden, und verbreitete sich dann sehr eingehend über die Forderungen, die der Bund und die Konservativen im Wahlkampf zu vertreten haben. Der Freisinn ernte sehr, was er säe. Er verwirft die Grenzlinie zwischen sich und der Sozialdemokratie, und daran werde er auch scheitern. Der Masse müsse klar gemacht werden, daß sie nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gegenüber dem Vaterland habe.

Zum Anschluß an die beiden Vorträge nahm man einstimmig folgende

Resolution

an:

„Die Landesversammlung des Bundes der Landwirte debattiert lebhaft die Vertiefung der Gegensätze zwischen den Parteien. Sie verurteilt entschieden die Dege gegen die Parteien, die sich durch die unbedingt nötige und, wie die Entwicklung gezeigt hat, ersprießliche Reform der Reichsfinanzen ein unbestreitbares Verdienst erworben haben. Sie mißbilligt die Agitation und Arbeit des Hansabundes und des liberalen Bauernbundes, von denen jener Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft zu schaffen und zu vertiefen bemüht ist, während dieser die mühsam errungene Einigkeit innerhalb der Landwirtschaft fñrt.

Die Landesversammlung ist nach wie vor bereit zu gemeinsamer Arbeit mit allen schaffenden Ständen und allen wahrhaft nationalen Parteien, sie hofft, daß angesichts der Stärke und der wachsenden Reife des gemeinsamen Gegners eine Einigkeit jener Stände und Parteien noch in letzter Stunde erreicht werde; und zwar auf Grund folgender Forderungen: 1. Fortführung einer nationalen und wirtschaftlichen Heimatspolitik nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung; 2. Aufrechterhaltung und Ausbau des Zollschutzes unter Wahrung der Parität zwischen Landwirtschaft und Industrie; 3. entschiedene Bekämpfung der antisozialdemokratischen und deshalb außerhalb der Verfassung stehenden Sozialdemokratie und ihrer Verbündeten; 4. Sicherung der staatlichen Autorität und der monarchischen Regierung gegen alle Versuche, die Verfassung zu radikalisierten und die Rechte der Krone zu misbrauchen.“

In der Debatte sprachen im Sinne des Bundes einige Reichslandwirte Besitzer und auch der Geheimrat Hofrat Dpzig-Treuen, der seiner besonderen Freude darüber Ausdruck gab, daß der Bund der Landwirte immer wieder die Gemeinsamkeit der Interessen von Industrie und Landwirtschaft betone. Um 5 Uhr erreichte die Versammlung ihr Ende.

Politische Rundschau.

Wilsdruff, den 24. März.
Deutsches Reich.

Die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches.

Die Einwohnerzahl im Deutschen Reich betrug am 1. Dezember 1910 32029890 männliche und 32866991 weibliche Personen; davon entfielen auf Preußen 19845811 bzw. 20310980, Bayern 3375229 bzw. 3501268, Sachsen 2322185 bzw. 2480300, Württemberg 1191383 bzw. 1244228, Baden 1059137 bzw. 1082695, Mecklenburg-Schwerin 317884 bzw. 321995, Sachsen-Weimar 204409 bzw. 212757, Mecklenburg-Strelitz 53523 bzw. 52824, Hessen 639214 bzw. 643005, Oldenburg 243825 bzw. 238605, Braunschweig 242739 bzw. 251648, Sachsen-Meiningen 136687 bzw. 142105, Sachsen-Altenburg 106385 bzw. 109928, Sachsen-Koburg-Gotha 125353 bzw. 131855, Anhalt 161171 bzw. 169876, Schwarzburg-Sondershausen 44194 bzw. 45790, Schwarzburg-Rudolstadt 49350 bzw. 51362, Waldeck 30541 bzw. 31182, Meuß a. S. 34695 bzw. 37921, Meuß j. S. 74264 bzw. 78501, Schaumburg-Lippe 23396 bzw. 23254, Lippe 73280 bzw. 77519, Lüneburg 56888 bzw. 59645, Bremen 148419 bzw. 150317, Hamburg 505925 bzw. 509772, Elßaß-Lothringen 964043 bzw. 907659.

Die Umgehung der Reichswehruwachssteuer ist einer Berliner Bauergesellschaft bereits geglikt. Sie verfolgt, wie die „Täglich Rundschau“ mitteilt, die Provinz, Klause und Verträge überhaupt nicht mehr vorzunehmen, sondern sich nur Vollmachten zur „Verwertung“ des Grundstückes geben zu lassen oder zu erteilen. Der jeweilige Bevollmächtigte zahlt bei Uebernahme der Vollmacht eine gewisse Summe als „Sicherheit“ an und läßt dann ratenweise das, was bei der „Verwertung“ herauskommt, an seinen Auftraggeber ab. Hier gilt es schließlich einen Regel vorzuschreiben, damit das Reich nicht betrogen werden kann.

Die Tagestation der Heere Europas.

In der „Lettura“ berechnet G. Mole, was für den täglichen Unterhalt der großen europäischen Heere erforderlich ist. Nach ihm verzehren die Heere der sechs europäischen Großmächte, die in Friedenszeiten mehr als drei Millionen Krieger unterhalten, jeden Tag: 45000 Zentner Brot, 80000 Zentner Fleisch, 15000 Zentner Konserve, 6000 Zentner Reis, 1800 Zentner Speck, 1200 Zentner Salz, 1860 Zentner Zucker, 1440 Zentner Kaffee und 7500 Hektoliter Wein. Dazu kommen dann noch die Kartoffeln und Gemüse. Nach Mole's Berechnung würd-

ein europäischer Krieg den sechs beteiligten Großmächten zusammen eine tägliche Ausgabe von mehr als 150000 Millionen Mark auferlegen.

Ausland.

Der erste österreichische Dreadnought.

Der Stapellauf des ersten österreich-ungarischen Dreadnoughts, der den Namen Kaiser Franz Josef tragen wird, ist im Auftrag der Kabinettkanzlei auf den 11. Juni festgesetzt worden. Der Kaiser wird dem Stapellauf beiwohnen.

Der serbische Prinz Georg zahlungsunfähig.

Die seit mehreren Jahren ungelöste Frage der Regelung der Schulden des Prinzen Georg hat nun, da der Prinz mangels eines besonderen Einkommens zahlungsunfähig ist, zu einer offenen Klage geführt. Die Erben eines kürzlich verstorbenen, wegen seines Patriotismus hochgeschätzten Bürgers namens Svetozar Buladinovic, der dem Prinzen 120000 Frank ohne Verzinsung vorgestreckt hat, sahen sich gezwungen, zur Erlangung ihres Erbteils an die Öffentlichkeit zu appellieren; sie legten den Sachverhalt in der Zeitung „Politika“ dar. In Hof- und Regierungskreisen macht diese Veröffentlichung einen sehr peinlichen Eindruck.

Wochenschau.

Der Reichstag hat der italienischen Kammer ein Glückwunschtelegramm gesandt zur Nationalfeier und auch natürlich ein Danktelegramm erhalten. Die Staatsberatung wurde oft verdrängt durch überflüssige Reden, so beim Gesetz über Maul- und Klauenseuche, beim Patentausführungswang, Reichsversicherungsamt, Hinterbliebenenversicherungsamt. Im Abgeordnetenhause wurde die Beratung des Finanzetats beendet, wobei sich die Debatte um Hebung des Anleihefußes, bessere Versorgung der Altrentenempfänger, Beanstandungen und andere Dinge drehte. In Hamburg wurden ein Engländer und vier Deutsche als Spionagedächtig verhaftet. Der österreichische Thronfolger will sich nicht an der englischen Krönungsfeier beteiligen, weil seiner Gewahlin die nötige Rangherabsetzung verweigert ist; im Tatragebirge sind Rabmalager gefunden worden, die eine reiche Ausbeute versprechen. In Wien freut man sich, daß mit dem Kaiser Wilhelm auch die Kaiserin und ihre Tochter kommen wollen. Die italienische Kammer verlegte dem Kabinett das geforderte Vertrauensvotum, so daß die Regierung daraus ihre Konsequenzen ziehen muß. Die Engländer sehen in der Erklärung der „Nord. Allg. Ztg.“ über eine Verständigung zwischen Deutschland und England ein bemerkenswertes Entgegenkommen; dennoch fordert die Regierung im Unterhause 44 Millionen für die Flotte, während für die deutsche Flotte nur 22 Millionen gebildet werden. In Tripolis gährt es bedenklich, so daß die Einziehung neuer Steuern nur mit Waffengewalt geschehen kann; die Regierung scheint machtlos zu sein. Der Konflikt mit Italien ist noch nicht erledigt, die Beziehungen zu dem italienischen Konsul sind unterbrochen. Die Franzosen haben ernste Sorgen, weil die Zahl der Militärdienstlichen weiter zurückgeht, sie trübten sich aber mit der schnell fortschreitenden Organisation ihrer Artillerie und dem glänzenden Fortschreiten der Aviatik. Spanien möchte gern seine Schulden los werden und will jährlich 6 1/2 Millionen aufwenden zum Kauf oder zur Auslösung. Die Portugiesen bekommen ein geheimes, direktes und fakultatives Wahlrecht und ihr Militär ein neues Militärstrafgesetzbuch, das die Abschaffung der Todesstrafe enthält. Wenn die Briten noch länger ungeduldig sind, so soll die Bagdadbahn nicht nach Koweit gebaut werden, sondern nach einem andern Orte am persischen Golf, wodurch die englischen Interessen natürlich nicht gewinnen würden. Im norwegischen Storting sind die ersten weiblichen Abgeordneten, weshalb eine bestimmte Redezeit festgelegt werden muß. Die Unionsregierung hat von Mexiko die sofortige Freilassung der gefangenen Amerikaner verlangt. Der Präsident will nun endlich seine Kerntruppen loslassen und damit der Insurrektion ein schnelles Ende machen; doch scheint man auf beiden Seiten zu Verhandlungen bereit, um die Amerikaner am Einschreiten zu verhindern. Wertvolle Diamantensunde werden aus Kanada gemeldet. Die Chinesen geben dem russischen Ultimatum gegenüber nach. Persien ist von Russen frei; die Regierung will keine englische Anleihe und plant geordnete Verwaltung, unbeständige Justiz, obligatorischen Unterricht und anderes mehr; selbst die Minister wollen eine Probe ablegen, im Rechnen fühlen sie sich stark.

Parlamentarisches.

Der Reichstag

genehmigte vorgestern die Verlängerung der „Dr. Trimbom“ um ein Jahr, und beriet dann den Etat des Reichsamts des Innern in zweiter Lesung zu Ende. Gestern begann man mit der zweiten Lesung des Kolonialetat's.

Der dauerhafte Reichstag.

Der Seniorenkonvent des Reichstages stellte vorgestern Mittwoch vor der Plenarsitzung einen Arbeitsplan für die laufende Tagung fest und besprach die Art und Weise, wie die dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfe noch erledigt werden könnten. Man hofft, den Etat bis zum 5. April fertigzustellen, in welchem Falle die Osterferien vom 6. April bis zum 2. Mai dauern würden. Sollte es jedoch nicht gelingen, den Etat noch bis dahin fertigzustellen, so würde der Reichstag bereits am 27. April wieder zusammentreten, um in der Woche bis zum 2. Mai den Rest des Etats zu erledigen. Der Tagungsabschnitt zwischen Ostern und Pfingsten soll vom 2. Mai bis zum 2. Juni dauern. In dieser Zeit soll zunächst die Reichsversicherungsordnung mit ihren Einführungsgeetzen erledigt werden. Am 2. Mai würde dann die Beratung des elßaß-Lothringischen Verfassungsentwurfs beginnen, worauf die Beratungen des deutsch-schwedischen Handelsvertrages und vielleicht noch des Schifffahrtsabgabengesetzes

folgen würden. Für die Erledigung der Justiz- und Gewerbegeetze und der Privatkrankenversicherung soll eine Herbsttagung veranstaltet werden, die am 10. Oktober beginnen und bis Mitte Dezember (?) dauern müßte. Für die Tage bis Ostern ist der Arbeitsplan folgender: Am Donnerstag und Freitag dieser Woche sollte der Kolonialetat erledigt werden. Wenn dies gelingt, würde nicht nur der Sonnabend als katholischer Feiertag, sondern auch der darauffolgende Montag tagungsfrei bleiben. Sollte aber der Kolonialetat am Freitag nicht erledigt sein, so würde auch der Montag dazu verwendet werden. Am darauffolgenden Dienstag sollen die Etats der Reichseisenbahnen, der Reichsdruckerei und des Reichsjustizamtes, am Mittwoch den 29. März, die Etats des Reichsjustizamtes und der Balle durchberaten werden. Vom Donnerstag, 30. März, bis zum Sonnabend, 1. April, wären die Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes zu erledigen, sodals am Sonnabend, den 1. April, die zweite des ganzen Etats abgeschlossen wäre. Die übrigen Tage bis zu den Osterferien wären dann für die dritte Lesung des Etats bestimmt. Die Aufhebung einer Herbstsitzung wurde von den Mitgliedern des Seniorenkonvents mit ungläubiger Heiterkeit aufgenommen.

Der Seniorenkonvent des Reichstages

einigte sich dahin, eine Herbsttagung des Reichstages zu veranstalten, die vom 10. Oktober bis in den Dezember hinein dauern soll. Die Neuwahlen können infolgedessen erst im Januar 1912 stattfinden.

Die Schifffahrtsabgaben-Kommission des Reichstages

erledigte gestern den Abschnitt Elbverband. Das Ergebnis war die Annahme der Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen.

Im preussischen Abgeordnetenhause

verteidigte Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg die Stellung der Regierung gegenüber Elßaß-Lothringen. Minister von Dallwitz trat für Einführung der Feuerbestattung ein. — Um Dissenau der höheren Knabenschulen für die Mädchen wird das preussische Abgeordnetenhause in einer 10000 Unterschriften tragenden Petition ersucht.

Die Reichstagskandidaten.

Die Parteien sind diesmal viel eifriger und früher an die Aufstellung der Reichstagskandidaten herangegangen als bei früheren Wahlen. Die Sozialdemokratie ist dabei allen übrigen Parteien voraus. Bis auf 11 Wahlkreise sind schon in allen Kreisen Bewerber aufgestellt und die noch fehlenden 11 werden wohl auch bald gefunden sein. Die Nationalliberalen haben bis jetzt etwa 160 Kandidaten, die Fortschrittspartei gegen 140, die beiden konservativen Parteien rund 130, das Zentrum etwa 100 genannt. Neben noch die von den Polen, Antisemiten und sonstigen man kleineren Gruppen hinzu, so dürften etwa 1000 Kandidaturen bestehen. Im Jahre 1907 waren insgesamt rund 1600 vorhanden, doch dürfte diesmal diese Zahl noch überschritten werden, da in vielen Kreisen die Parteien, welche früher Hand in Hand gingen, jetzt eigene Kandidaten aufstellen. So kann es kommen, daß in zahlreichen Kreisen fünf und auch sechs Kandidaten um den Wahlsieg ringen. Diese an sich durchaus unerfreuliche Erscheinung wird vielleicht der kommenden Reichstagswahl ihr besonderes Signum aufdrückt.

Hof- und Personalmnachrichten.

Das Kaiserpaar wohnte im Kieler Stadttheater einer Aufführung von Schönher's Tragödie „Glaube und Heimat“ bei und empfing nach der Vorstellung den Dichter. Sodann reiste es gestern abend von Berlin nach Wien ab. Bei seinem Besuche in England wird es von der Prinzessin Viktoria Luise und dem Prinzen Joachim begleitet sein.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen aus dem Kreise für diese Rubrik nehmen wir jederzeit dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 24. März.

Religion und Religiosität. Zu den wichtigsten Merkmalen unserer Zeit gehört ein gesteigertes Interesse für religiöse Fragen. Nicht nur das Religionsgeschichtliche bewegt die Gemüter. Das vielleicht noch am wenigsten. Denn auch bei der Frage, ob Jesus gelebt habe, ist es den meisten unserer Geschichteten nicht um rein historische Momente zu tun, sondern im Grunde und in der Hauptsache doch um die religiöse Bedeutung, die Folgerungen für den eigenen Glauben. Auch die Massenverbreitung volkstümlicher religionsgeschichtlicher Literatur wird sicherlich weniger auf das Konto einer allgemeinen Lust am Geschichtlichen zu setzen sein, als vielmehr auf das der religiösen Anteilnahme. Gewiß, man hat zumal in gebildeten Kreisen ein Gefühl für den nicht zu unterschätzenden Zusammenhang zwischen Geschichte und Religion, aber es geht doch eine starke Neigung von aller Geschichtsbetrachtung möglichst abzugehen und dafür eine eigene Gegenwartsreligion auf den Schild zu heben. Anstatt des geschichtlichen Christus und eines immerfort an diesem orientierten Christenlaubens, setzen nicht wenige eine bloße Christus-Zeile, und den Ausdruck Religion wandelt man lieber in die allgemeinere Bezeichnung Religiosität. Es liegt auf der Hand, daß im letzten Falle die persönliche Stimmung die Hauptrolle spielt. Die kann natürlich recht vielfältig sein. Aber dafür eignet ihr auch etwas Schwankendes und Fließendes. Allgemeine Religiosität kann es mit romantischen, mystischen, idealistischen und naturalistischen Gefühlen zu tun haben. Sie knüpft an religiöse Vorstellungskreise an, die allen Zeiten und Zonen angehören, wobei es nichts ausmacht, daß man sich dieser Verwandtschaftsbeziehungen oft nicht im geringsten bewußt wird. Vom älteren und jüngerem Platonismus wird genommen, oder es spielen platonische Gedankensysteme mit; algermanisches Heidentum wird erneuert, oder man gerät in antike Schwärmereien von dem Aa-Cinen. Besonders diese letztere Richtung gilt heute vielfach als die modernste Religiosität. Selbstverständlich kann man sich auch einem christlich-religiösen Einflusse nicht entziehen. Aber man möchte das „Dogmatische“ unterscheiden. Eine wirklich christliche Religion aber kann gar nicht ohne einen fortwährenden, nachdenklichen Rechenschaftsbericht über sich selber auskommen. Sie hat es eben nicht mit bloßen, nebelhaften religiösen Stimmungen, sondern mit bestimmten Grundgedanken zu tun, die sich auch in bestimmte Aussagen bringen lassen müssen. Der sich selbst behauptende und regeltüchtige Glaube muß mit innerer Folgerichtigkeit auf „Dogma“ zu kommen. Die Rede von einem „indogmatischen Christentum“ ist nicht nur eine geschichtliche, psychologische Gedankenlosigkeit. Wer Ernst